

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Klassen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat (bei Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-QL / Geschäftsstelle und Expedition: Schillingstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13563, Emil Schlagel-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dienstag, den 7. September 1926 Nummer 197

Um die Bürgerfront

Was der „Dresdner Anzeiger“ in seiner gestrigen Ausgabe ankündigte, die Demokraten würden bei den Verhandlungen des Landesbürgerrates Sachsen, die gestern begonnen haben, ihrerseits eine gemeinsame Liste der verschiedenen Parteien bei den kommenden Landtagswahlen abgeben, wird heute morgen bestätigt. Am Montag wurde in den Verhandlungen unter der Führung des Landesbürgerrates in der Frage der Einheitsliste vorgelegt. Gestern morgen berichtete der „Anzeiger“, daß die künftigen Vertreter des Gewerkschaftsrings und des Deutschen Bauernbundes ihre Mitwirkung an einer Einheitsliste abgelehnt haben, da die Berufsverbände durch ihre Erklärungen zu „partei-politischer Neutralität“ verpflichtet sind. Darauf haben auch die Vertreter der Demokratischen Partei die Erklärung abgegeben, daß sie an den weiteren Besprechungen nicht teilnehmen werden. In der Demokratischen Partei hat, wie wir bereits meldeten, ihr Verhalten bei der Bildung einer einheitslichen Wahlfront im Bürgertum von dem Verhalten des Deutschen Bauernbundes und des Gewerkschaftsrings abhängig gemacht. Die Entscheidung der Demokratischen Partei ist unklar, ob sie nicht von der Furcht ihrer Anhänger, bei dem gemeinsamen Bürgerblock unter den Schritten zu geraten. Die Demokraten hoffen, mit der Aufstellung einer eigenen Liste sich auch gegenwärtig einen größeren Wahlwert zu erzielen. Tatsächlich sind auch schon in den eigenen Reihen der Demokratischen Partei, so u. a. im Wahlkreis Chemnitz, Kandidaten nominiert worden, an der Spitze wiederum der bekannte Dr. Seifert steht. In dieser Stelle kommt der bisherige Abgeordnete Oskar Seifert und als dritter der Abgeordnete Dr. Wegel. Nach einer Notiz der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ist am vergangenen Sonntag in Dresden der Landesauswahl der Deutschen Volkspartei getagt und erneut die Bedeutung der sächsischen Volkspartei zur Herstellung einer einheitslichen Bürgerfront erklärt. Im Laufe dieser Woche ist die Verhandlung endgültig zum Abschluß gebracht worden. Die Einheitsliste des Bürgertums soll nach dem Abschluß der Liste nach einer Presseerklärung, die als Antwort auf die sächsischen Parteien und Verbände an dem Gedanken der Einheitsfront gegenüber der Arbeiterfront gehalten. Auch das Zentrum, dessen Parteivorstand sich am Sonntag mit der Frage der Bürgerfront auseinandergesetzt hat, hat sich heute erklärt, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Wenn es auch der Volkspartei und den Deutschnationalen nicht gelungen ist, die Demokraten zu einer gemeinsamen Wahlfront zu gewinnen, so darf nicht unterschätzt

werden, daß trotz des geordneten Vorgehens der Demokraten die gemeinsame Wahlfront der übrigen bürgerlichen Parteien, die die volle Unterstützung der sächsischen Industriellen erhalten wird, eine Verstärkung der bürgerlichen Kräfte darstellt, die zweifellos geeignet ist, im kommenden Wahlkampf eine Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen zu verhindern. Die sächsische Arbeiterfront, die erst durch die Tagung der Industriellen mit aller Eindringlichkeit demonstriert wurde, welche Pläne das geschlossene Unternehmertum auf Kosten der Arbeiter durchzuführen gedenkt, wird bei den kommenden Landtagswahlen trotz der Einheitsfront im Lager des Bürgertums dafür sorgen, daß die Säule der Klassenfront nicht in den Himmel wachsen und wird unter dem Kampfruf „Für ein soles Sachsen“ die Pläne der gemeinen Reaktion zunichte machen.

Massenaufmarsch gegen den Sebering-Silberberg-Kurs

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Den Drohungen der Sebering-Polizei zum Trotz marschierten am Montag die Berliner Gewerkschafter gemeinsam mit den Arbeitern aus den Betrieben in Kolonnen für die Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen auf. Die eindrucksvolle Demonstration zählte etwa 8000 Teilnehmer. Auf zahlreichen Plakaten, die im Demonstrationzug getragen wurden, nahmen die Arbeiter ihre Stellung gegen den provokatorischen Polizeierlass Seberings und forderten den Kongress der Werktätigen, Sebering und Geheißel hatten gewaltig und verächtlich Polizei aufgebracht auf die Feine gebracht, die Analoge Überprüfungen annehmen, um die Demonstranten bei ihrem Abmarsch vom Platz zu verhindern. Die Polizei ritt rücksichtslos in die Menschenmengen hinein. Schwere Zusammenstöße wurden lediglich durch die gute Disziplin der Demonstranten verhindert. Im 5. Bezirk sollte die Polizei eine Fahne rauben und benützte die Gelegenheit, mit dem Baumstamm auf die Demonstranten und Passanten einzuschlagen. Mehrere Frauen wurden schwer mißhandelt und ein KPD-Kamerad verhaftet.

Der Massenaufmarsch des Berliner Proletariats gegen das Bündnis Sebering-Silberberg ist eine wichtige Kundgebung für die proletarische Einheitsfront und ein Beweis dafür, daß die Berliner Arbeiter gewillt sind, gegen das Programm des Glubs und der Unterdrückung, wie es auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Industrie zum Ausdruck gebracht wurde, anzukämpfen. Der einheitsliche und gewaltige Massenaufmarsch war die Antwort der Berliner Arbeiter auf die Verleumdungen der mit keinem proletarisch bewiesenen hat, daß er zu jedem Helfersdienst für die Reaktion bereit ist, um mit seinem Kollaborat die Voraussetzungen zur Durchführung des Nationalisierungsprogramms nach den Wünschen der Industriellen zu schaffen.

guten Ans im Sunday Express“ mit der unerhörten Ueberschrift „Ein treffendes Urteil“. Was scheint dies ein treffendes Urteil über den „Vorwärts“ zu sein!

Warnung der Verarbeiter Distrikatkommission fordern

London, 6. September. Die Besprechungen zwischen der Regierung und den Verarbeitenden haben heute nachmittags zwei Stunden gedauert. Ein amtlicher Bericht über ihren Verlauf soll erst morgen herausgegeben werden. Nach den Meldungen soll ein bestimmtes Abkommen zwischen den Verarbeitenden und den Verarbeitenden immer wieder in die Lage versetzen könne, einen nationalen Streik auszurufen.

Rücktrittsangebot Primo de Ribera

Obgleich die offiziellen Blätter in London bereits die „vollständige Unterwerfung“ der marokkanischen Heerführer melden, wird heute früh aus Paris mitgeteilt, daß der Diktator dem spanischen König keine Demission angeboten habe. Bis jetzt ist die Grenzsperrung nahezu schloß, so daß die Meldungen unzuverlässig sind. Wichtig jedoch ist die Nachricht von einer Rückkehr der von den Spaniern besetzten Marokkaner durch die spanischen Truppen. Die spanische Regierung soll beschließen haben, überhaupt ihre Truppen aus Marokko zurückzuziehen und das Mandat aufzugeben. Nach Meldungen von aus Spanien zurückkehrenden Reisenden sollen die spanischen Truppen eine schwere Niederlage durch die Rif-Geheißel erlitten haben. Die Marokkaner im Meer nehmen in fabelhaften Mitteln an Stärke zu. So soll Gegenüber den spanischen Streitkräften ein blutiger Kampf zwischen Rifgeheißel und in Komplexen bereits ein blutiger Kampf zwischen Rifgeheißel und einem marokkanischen Regiment stattgefunden haben. Die Kriegsschiffe „Cabiz“ und „Barcelona“ sollen sich den Marokkanern angeschlossen haben.

Glücksversuch Schröders

Wie jetzt bekannt wird, hat der Führer des Nachhelfers Sebering, Schröder, am Sonntag einen Glücksversuch unternommen, nachdem festgestellt, daß in wenigen Tagen sein Prozeß beginnen soll. Gemeinsam mit einem Mitangeklagten, der ihm beistehen soll, versuchte er, die Gefängnisverwaltung mit der Hilfe zu gewinnen, um sich zu entkommen. Er hat aber einen Fehlschlag erlebt und verlor die Freiheit. Gegenwärtig wartet er, daß in die Kasse der Gefängnisverwaltung es nicht für notwendig gehalten hat, aber den Vorfall amtlich Bericht zu erstatten.

Dolchstoß der englischen Reformisten

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Bournemouth, den 6. September 1926.

Heute wurde der Gewerkschaftskongress in Bournemouth eröffnet. Es zeigt sich schon jetzt, daß im Generalrat eine Einheitsfront gegen jede Kritik am Verhalten des Generalrats im Bergarbeiterstreik besteht.

Mit den Bergarbeiterführern ist eine Vereinbarung erzielt worden, welche die Unterzeichnung einer Kompromiß-Resolution über die Auspeicherung der Bergarbeiter. Damit wird sie einbringen. Die Resolution drückt zwar den künftigen Bergarbeitern ihre Sympathie aus, überläßt aber eine wirkliche Solidaritätsaktion den einzelnen Gewerkschaften, die bisher nichts getan haben. Die Bergarbeiter können also allein weiterkämpfen. Der Generalrat hat nur Sympathie für sie übrig. Es heißt, daß die Bergarbeiterdelegation gegen alle bisherigen Mitglieder des Generalrats stimmen will, da aber Delegationszwang besteht, ist das sehr unwahrscheinlich.

Zur Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit verlangt der Generalrat volle Verhandlungsfreiheit, ohne an bestimmte Inkarnationen gebunden zu sein. Die Resolution der Blindheit, die verlangt, daß der Generalrat mehr Macht erhält, lehnt der Generalrat ab. Praktisch soll also alles beim alten bleiben. Gegen die Verweigerung der Einreise Tompkins protektierte der Kongress.

Die kapitalistische Presse lobt den Generalrat. Der „Daily Mail“, der bis vor kurzem Chefredakteur des „Daily Herald“ war, veröffentlicht in der letzten Nummer des kapitalistischen „Sunday Express“ — Sonntag nach seinem Auscheiden aus dem „Daily Herald“ — einen wütenden Angriff auf die künftigen Bergarbeiter, insbesondere auf Coal. Ein Kenner — Hufe war Kriegsberichterstatter der „Daily Mail“ — hat heimgefunden.

„Vorwärts“ und „Sunday-Express“ Arm in Arm! Der „Vorwärts“, das politische Sprachrohr der deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer, vertritt eine

In gemeinsamer Front mit den Industriellen

Die SPD zum Koalitionsangebot Dr. Silberbergs.

W. S. Die Truhmagnaten haben gesprochen, und es war nicht schwer, vorauszusagen, daß die sächsischen Sozialisten die programmatische Erklärung des Oberhofsmeisters Dr. Silberberg mit Freude begrüßen würden. Herr Silberberg hat den Vertrag der Truhmagnaten als das politische Ziel der Industriellen verkündet, das, was er von den Gewerkschaftsführern verlangte, nämlich Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie mit den Unternehmern und Koalitionsbereitschaft der SPD-Führer, das ist seit jeher das Programm der 23 Renegaten und ihres Anhangs gewesen. Auch jetzt sind sie wieder bereit, die Hausmacht für die Industriellen zu übernehmen und im Interesse der Kapitalisten, das Rationalisierungsprogramm nach den Grundrissen des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Arbeiter durchzuführen zu helfen.

Herr Nietisch, dem selbst der Parteivorstand erst nur kurzem anerkennend, daß er im Reichstag der Nationalsozialisten legte, verlangt gestern im „Vollstaar“, daß man die „ausgestreckte Hand“, so bezeichnet er das Koalitionsangebot, das Silberberg an die SPD-Führer richtete, annehmen müsse und schreibt:

„Ein Heer von Bedenken, Zweifeln, Ermüdungen, das ist wahr. Aber da ist dann doch als letzte Tatsache diese ausgebreitete Hand. Der körperliche Fortschritt liegt eben darin, daß man irgend einmal von vorn beginnt, daß man nicht dauernd unter. Immer sei es so gewesen, daß man es auch einmal mit einem neuen Weg versucht. Mit, daß man sich nicht dazu, man muß wagen, es auf eine Entscheidung ankommen zu lassen. Nicht einseitig in solchen Fällen, als die kalte Schmelze zu zeigen, es ist schrecklich bequem — freilich ebenso schrecklich unfruchtbar. Prüfen wir doch lieber mit war vorsichtig wägendem, aber doch ausgeschloßenen und nicht in ewig geistigen Selbstgesprächen.“

Man muß gestehen, die Herrschaften bleiben ihrer Rolle treu. Die 23 und Herr Silberberg sind sich einig — einzig nicht erst seit der Rede am Sonnabend. Die Massenwähler der Sozialisten sind auch diesmal bereit, in die ausgebreitete Hand einzuschlagen und im Bunde mit den Industriellen gemeinsame Sache gegen die Arbeiter zu machen. Bezeichnet der „Vollstaar“, das Organ der 23, die Rede Silberbergs als die „ausgestreckte Hand“, die von den Industriellen den Gewerkschaften und SPD-Führern entgegengehalten wird, so bezieht der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, das Koalitionsangebot als „ein Stück guten Willens“. Damit ist die innige Seelenverwandtschaft der 23 und des Parteivorstandes auch in dieser wichtigen Frage erneut bewiesen. Wie könnte es auch anders sein? Ist der im Reichstag des Nationalsozialismus legende Nietisch bereit, offen und brutal die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen, so ist es nichts anderes als ein taktisches Manöver der SPD- und KPD-Führer, wenn der „Vorwärts“ in seinem gestrigen Artikel „Kampf oder Gemeinschaft“ erklärt, daß er nicht auf den „Klassenkampf und Sozialismus“ verzichten könne. In Wirklichkeit ist der Parteivorstand und sind die Führer des KPD von Herzen gern bereit, in die „ausgestreckte Hand“ des Herrn Silberberg einzuschlagen, genau so wie es Herr Nietisch mit seinen 23 Renegaten und ihrem Anhang tut. Nur möchte man es tun, ohne daß es die Arbeiter merken und deshalb die Verdämmung mit der ideinradikalsten Seite von dem Klassenkampf und Sozialismus, einem Klassenkampf, wie ihn die SPD aufführt und wie er vom „Vorwärts“ wie folgt definiert wird:

Klassenkampf ist jede Handlung, die zur Hebung des Nationalstandes dient, ist der Kampf um den Arbeitsvertrag, um den Lohn der Schwachen, um die Geltung im Staat und der Gesellschaft. Forderung nicht selbst die dezentralen nationalen Arbeiter ihr Recht in ihrer Partei, ohne daß man ihnen diese Form des Klassenkampfes vorzuziehen? Hat doch der Reichsverband gestört und vorgelassen betont, daß er selbst ein „körperlich und geistig gelindes“ Arbeitstheater haben will. Trotzdem aber will er die notwendigen Sozialausgaben dafür beschränkt wissen. Also werden die Arbeiter darum zu kämpfen haben, nicht mit Handgranaten und Rabaukdemagogie, sondern mit den legalen Mitteln, die ihnen in der Republik zur Verfügung stehen und mit der Waffe ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation.“

Nun, Herr Silberberg wird nach dieser Deklaration des Wortes Klassenkampf gern bereit sein, solchen „Klassenkampf“ zu gestalten. Ein „Klassenkampf“ nach dem Muster der sozialistischen Verbände ist schon immer der ideale Zustand der Sozialisten gewesen und das, was der „Vorwärts“ will, unterscheidet sich davon in keiner Weise. Er will einen „Klassenkampf“, bei dem sich die Arbeiter mit dem Bestand dieser auf Lohnneidlichkeit sich gründenden Klassenherrschaft abfinden, bei dem sie verzichten soll, ihre Interessen rücksichtslos durchzusetzen und aus der Erkenntnis von der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze die Klassenherrschaft der Kapitalisten abzuwerfen. Einen solchen „Klassenkampf“ wird Herr Silberberg zugestehen, wie er auch den vom „Vorwärts“ eigens konstruierten und für die Unternehmer „garantiert ungefährlichen Sozialismus“ in den Kauf nehmen wird, wenn die SPD-Führer den „guten Willen“ anerkennen und in die ausgebreitete Hand einschlagen haben. Der „Vorwärts“ erklärt, daß sich die SPD bei ihrer Entscheidung nur von den Interessen der Hand- und Kopflarbeiter leiten lassen werde, „ohne Rücksicht auf die einflussreichen Stellen der Unternehmern nach auf das Gehalt der Kommunisten“. Die Herrschaften fühlen sich noch recht hart. Doch das Kraftmetrum steht ihnen schief an und ihr angeklärter Mut hat sich bisher schon immer, wenn es beim Volkswohl geht, als die Frucht von den sozialdemokratischen Arbeitern und vor den Kommunisten erwiesen.

Bei der „Vorwärts“ für das Koalitionsangebot der Industriellen mit der Enttarnung des guten Willens Verhältnis gereicht, so schreibe gekonnt die linke „Dresdener Volkszeitung“ nach ihrer Art von einem „anzureichenden Angebot“ und be-